

M. Kohli

Generationengerechtigkeit ist mehr als Rentenfinanzierung

Dieser Aufsatz beruht auf meinem Beitrag zum Symposium „Reiche Alte – arme Jungen?“, geleitet von Gertrud Backes und Gerhard Igl, am 5. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie (Nürnberg, 18.–20. 9. 2000). Ich danke den Veranstaltern und Teilnehmern des Symposiums für ihre Anregungen sowie dem Hanse-Wissenschaftskolleg (Delmenhorst) für die Berufung als Fellow im Jahre 2000/2001, die mir die Fertigstellung des Textes ermöglicht hat

Eingegangen: 31. Januar 2002
Akzeptiert: 14. Februar 2002

Generational equity is more than pension finance

Zusammenfassung Die öffentliche Alterssicherung, also der „Generationenvertrag“, ist Teil eines umfassenden Austauschsystems zwischen den Generationen. Dieses muss als Ganzes in den Blick genommen werden, wenn es um die Frage der Generationengerechtigkeit geht. Der Beitrag diskutiert die Elemente dieses Austauschsystems auf der Grundlage des Alters-Survey, einer großen Repräsentativ-Untersuchung der deutschen Bevölkerung von 40–85 Jahren. Empirisch konzentriert er sich auf die produktiven Leistungen der Älteren und die familialen Transfers zwischen den Generationen – zwei Bereiche, die im öffentlichen Diskurs über Generationengerechtigkeit vernachlässigt werden. Die Ergebnisse zeigen, dass die Älteren wesentlich mehr zur gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen, als bisher sichtbar geworden ist.

Prof. Dr. M. Kohli (✉)
Institut für Soziologie
Freie Universität Berlin
Garystr. 55
14195 Berlin, Germany
E-Mail: Kohli@zedat.fu-berlin.de

Schlüsselwörter
Generationengerechtigkeit –
Generationenaustausch –
Produktive Tätigkeiten –
Familiale Transfers

Summary Public old age pensions – often termed the “generational contract” – are part of a broader system of exchange among generations which must be assessed in its entirety when issues of generational equity are at stake. The paper discusses the elements of this exchange system on the basis of the German Aging Survey, a large representative survey of the German population aged 40–85. Its empirical foci are two domains that are usually neglected in the public discourse on generational equity: the productive activities of the elderly and the transfers between generations in the family. The results demonstrate that the elderly contribute substantially more to societal welfare than has become visible so far.

Key words
Generational equity –
generational exchange –
productive activities –
family transfers

Ausgangspunkt

Der „Generationenvertrag“, der einem umlagefinanzierten Rentensystem wie dem deutschen zugrunde liegt, besteht im Kern darin, dass die Älteren von den Erwerbstägigen für ihre frühere Lebensleistung und ihre früher gezahlten Beiträge eine Gegenleistung erhalten und dass die Erwerbstägigen darauf zählen können, dass sie diese Gegenleistung später, wenn sie selber alt sind, ebenfalls erhalten werden.

Dieses komplexe System von zeitlich ausdifferenzierten Reziprozitätserwartungen steht heute unter Druck, sowohl durch die demographische Entwicklung als auch durch den globalen wirtschaftlichen Standortwettbewerb. In den kruderen Formen des neoliberalen Diskurses wird das Rentensystem (oft stellvertretend für den ganzen Wohlfahrtsstaat) für alle Übel verantwortlich gemacht, unter denen die deutsche und europäische Gesellschaft angeblich leiden – von wirtschaftlicher Sklerose und mangelnder Innovationskraft bis zum Geburtenrückgang. Aber auch wer differenzierter argumentiert, muss feststellen, dass eine zunehmend längere Konsumphase außerhalb des Arbeitsmarktes für einen zunehmend größeren Teil der Bevölkerung von den Erwerbstägigen und vom Staat, der das Umlageverfahren in Regie genommen hat, nicht mehr ohne weiteres finanziert werden kann.

Mit dem Schlagwort der „Generationengerechtigkeit“ wird diese Feststellung in ein verteilungspolitisches Nullsummen-Argument umgemünzt: Der Ausbau der Alterssicherung habe zu Wohlstand im Alter auf Kosten der Jüngeren geführt, und da das heutige Niveau der Alterssicherung nicht mehr aufrechtzuerhalten sei, könnten die Jüngeren zunehmend nicht mehr erwarten, im eigenen Alter dann ebenso großzügig bedacht zu werden. Dieses und ähnliche Argumente haben die Debatte über Generationengerechtigkeit (*generational equity*) – sie wurde zu Beginn der 1980er Jahre in den USA entfacht (vgl. 25) und später auch in Deutschland eingeführt – von Anfang an begleitet und sind inzwischen vielfach kritisch beleuchtet worden (z. B. 4, 13, 29). Vernachlässigt wurde dabei jedoch bis heute, was sich außerhalb des Wohlfahrtsstaates im engeren Sinne abspielt.

Um diesen Mangel zu beheben, ist eine Erweiterung der Perspektive erforderlich. Der Blick allein auf Markt und Staat führt zu einer unvollständigen Wohlfahrtsbilanz zu Lasten der Älteren. Die öffentliche Alterssicherung ist Teil eines umfassenderen Austauschsystems zwischen den Generationen, das als ganzes in den Blick genommen werden muss, wenn es um die Frage der Generationengerechtigkeit geht.

Ich will in diesem Beitrag an zwei Beispielen zeigen, dass die Bilanz anders ausfällt, wenn neben

Markt und Staat auch die Zivilgesellschaft und die Familie einbezogen werden. Die beiden Beispiele sind die „produktiven“ Tätigkeiten jenseits des formellen Erwerbssektors (z. B. Ehrenamt) und die Leistungen zwischen den erwachsenen Generationen in der Familie.

Ich verfolge damit zunächst ein deskriptives Ziel, nämlich einen Beitrag zur Analyse des heutigen Wohlfahrtsmix zu leisten und damit der Debatte über Generationengerechtigkeit ein besseres empirisches Fundament zu geben. Ich verfolge darüber hinaus auch eine theoretische Stoßrichtung. Seit dem Beginn der Wohlfahrtsstaatsforschung ist immer wieder behauptet worden, der Wohlfahrtsstaat verdränge die Leistungen von Zivilgesellschaft und Familie (*crowding out*) (z. B. 10, 12). Auch der heutige neoliberalen Diskurs ist von dieser Grundüberzeugung geprägt. Die Schlussfolgerung daraus ergibt sich von selbst: Die wohlfahrtsstaatliche Alimentierung von Risikofällen müsse abgebaut werden, um die Selbstheilungskräfte nicht nur des Marktes, sondern auch der Zivilgesellschaft und der Familie (wieder) zu entfesseln.

An der Verdrängungsthese ist sicher etwas Wahres: Im Zuge des Auf- und Ausbaus etwa der wohlfahrtsstaatlichen Alterssicherung ist diese an die Stelle von familialen Leistungen und auch solchen der nichtstaatlichen Armenfürsorge getreten. Aber mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates sind die andern Bereiche nicht nur entlastet worden, es haben sich für sie zunehmend auch neue Potenziale ergeben. Bezogen auf die heutige Situation ist die These deshalb überwiegend falsch. Es ist bereits in verschiedenen Bereichen nachgewiesen worden, dass der Wohlfahrtsstaat heute die Zivilgesellschaft und die Familie nicht verdrängt, sondern im Gegenteil aktiviert (1, 21). Der (zivilgesellschaftliche) „Dritte Sektor“ lebt überwiegend vom Wohlfahrtsstaat – sei es durch direkte Zahlungen, sei es durch die Tatsache, dass Menschen z. B. durch das Rentensystem zeitlich für zivilgesellschaftliches Engagement freigestellt werden. Auch die Familie wird durch wohlfahrtsstaatliche Leistungen erst instandgesetzt, ihrerseits neue Leistungen zu erbringen, z. B. im Rahmen der Transfers zwischen den Generationen. Dieses Engagement und diese Leistungen sind nun genauer zu untersuchen.

Datengrundlage

Für die folgenden Analysen stütze ich mich auf den Datensatz des Alters-Survey, einer großen Repräsentativbefragung der deutschen Bevölkerung von 40–85 Jahren in Privathaushalten in West und Ost

aus dem Jahre 1996.¹ Die Stichprobe umfasst knapp 5000 Befragte und ist nach Alter, Geschlecht und West-/Ostdeutschland geschichtet. Die Altersschichtung gliedert sich nach drei strukturell unterscheidbaren Gruppen: den 40–54-Jährigen, die noch zum Kern der Erwerbsbevölkerung gehören, den 55–69-Jährigen, die sich in der Übergangsphase in den Ruhestand befinden und diesen mehrheitlich schon erreicht haben, und den 70–85-Jährigen, die sich im Ruhestand eingerichtet haben und die typischen demographischen Strukturen des höheren Alters – zunehmend ungleiche Geschlechterproportion, zunehmendes Alleinleben – aufweisen, aber in der Mehrzahl noch ein intaktes Aktivitätspotenzial haben. Der Alters-Survey sollte einerseits die Grundlagen für eine umfassende Sozialberichterstattung über die zweite Lebenshälfte liefern und andererseits auf einigen Schlüsselfeldern eine vertiefte Forschung ermöglichen. Zu diesen Feldern gehören die beiden hier untersuchten: die gesellschaftliche Partizipation und Produktivität sowie das Generationenverhältnis in der Familie. Für beide haben wir mit dem Alters-Survey nun erstmals repräsentative Daten in ausreichender Detaillierung und Tiefe zur Verfügung.

Bevor ich auf diese beiden Felder eingehe, will ich zunächst einige Eckwerte der wirtschaftlichen Lage der untersuchten Altersgruppen darstellen und damit eine Antwort auf die im Titel dieses Symposiums gestellte Frage geben. Im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen z. Zt. die Befunde, die auf eine Mangelsituation bei Kindern und Jugendlichen – insbesondere derer in kinderreichen Familien – hinweisen. Aus diesen Befunden darf jedoch nicht der Schluss gezogen werden, die Älteren seien

heute die wirtschaftlich am besten situierte Gruppe. Im Rahmen des Alters-Survey erzielt die Gruppe der 40–54-Jährigen das höchste durchschnittliche Äquivalenzeinkommen, die der 70–85-Jährigen das niedrigste (18, S. 22 ff; vgl. auch 23).² Die Behauptung „Reiche Alte – arme Junge“ stimmt also nicht. Die Altersunterschiede sind allerdings insgesamt gering; sie fallen weit weniger ins Gewicht als diejenigen zwischen Ost und West und zwischen Frauen und Männern. Der Ausbau der Alterssicherung hat die Einkommen der Rentner an diejenigen der Erwachsenen im Erwerbsalter herangeführt. Das zeigt sich auch bei der Betroffenheit durch Armut, einer besonders prekären und politischbrisanten materiellen Mängellage. (Als einkommensarm gelten üblicherweise – so auch hier – Personen, die weniger als die Hälfte des arithmetischen Mittelwertes für die Gesamtbevölkerung beziehen.) Noch in den 1960er Jahren konzentrierte sich die Armut bei den Älteren (und dort vor allem bei den alleinlebenden Frauen). Heute sind nach den Ergebnissen des Alters-Survey die Armutsquoten bei den 40–54-Jährigen höher als bei den 70–85-Jährigen. Gleiches gilt im Übrigen auch für die Reichtumsquoten (den Anteil der Personen mit mehr als dem zweifachen Durchschnittseinkommen). Der Wohlfahrtsstaat hat also die Älteren nicht reich gemacht, er hat sie aber ihren Rückstand gegenüber den mittleren Altersgruppen aufholen lassen und zugleich die Ungleichheit unter ihnen verringert.

Produktive Tätigkeiten im Alter

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Leistung erschöpft sich nicht in dem, was vom Markt bezahlt wird, also Erwerbsarbeit. Sie umfasst auch einen breiten Fächer unbezahlter (oder kaum bezahlter) Tätigkeiten im Rahmen der Familie und der Zivilgesellschaft. Insbesondere die letztere erfreut sich gegenwärtig großer Aufmerksamkeit; manche Autoren (z. B. 26) sprechen dem zivilgesellschaftlichen Engagement die Schlüsselrolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu.

¹ Der Alters-Survey wurde von der *Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf (FALL)* an der Freien Universität Berlin und der *Forschungsgruppe Psychogerontologie* an der Universität Nijmegen in Kooperation mit *infas-Sozialforschung* (Bonn) durchgeführt und mit Mitteln des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor. Die Grunddaten des Alters-Survey werden von Kohli et al. (18) dokumentiert. Eine umfassende Übersicht über die soziologischen Befunde bietet der Band von Kohli/Künemund (16), über die psychologischen derjenige von Dittmann-Kohli et al. (9). Analysen zu den Beziehungen und Transfers zwischen den Generationen haben wir in einer Reihe von Aufsätzen (insbesondere 14, 22, 24, 27) sowie im entsprechenden Kapitel des Abschlussberichts (17) veröffentlicht. Eine breitgefächerte Studie über die verschiedenen Dimensionen des familialen Generationenverhältnisses, in die neben den Daten des Alters-Survey auch solche des Sozio-ökonomischen Panel eingegangen sind, hat Szydlik (28) vorgelegt. Die produktiven Tätigkeiten werden von Künemund (19, 20) analysiert. Der Datensatz des Alters-Survey ist für die wissenschaftliche Forschung über das *Zentralarchiv für empirische Sozialforschung* (Studien-Nr. 3264) verfügbar. Die Erhebungsinstrumente sind in einem Forschungsbericht (8) dokumentiert, der über die Homepage der *Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf* (www.fall-berlin.de) zugänglich ist

² Für die Berechnung der Äquivalenzeinkommen werden im Folgenden grundsätzlich die Äquivalenzgewichte nach dem BSHG in der seit 1990 gültigen Fassung verwendet. Diese Skala gibt dem Haushaltvorstand ein Gewicht von 1, zusätzlichen Erwachsenen ein Gewicht von 0,8 sowie Kindern und Jugendlichen je nach Alter Gewichte zwischen 0,5 und 0,9. Da die Skala des BSHG die in der deutschen Forschung am besten eingeführte ist, soll sie hier als hauptsächlicher Vergleichsmaßstab dienen. Mit der Skala der OECD, die in der internationalen vergleichenden Forschung dominiert, ergibt sich ein stärkeres Gefälle zwischen den Altersgruppen zu Lasten der Älteren (18, S. 23)

Für die Älteren – ebenso wie für die Frauen – führt die Beschränkung auf marktvermittelte Tätigkeiten zu einer besonders krassen Unterbewertung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leistung. Der Rückgang der Erwerbsbeteiligung im Zuges des Trends zum frühen Ruhestand hat diese Unterbewertung für die Älteren noch verschärft. Heute besteht Einigkeit darüber, dass die produktiven Tätigkeiten der Älteren außerhalb des Erwerbssektors – wie lange Zeit die unbezahlten Tätigkeiten von Frauen im Haushaltskontext – zu selten angemessen als wertschöpfende Tätigkeiten zur Kenntnis genommen werden. Aber ihre empirische Erforschung steckte bis vor kurzem noch in den Kinderschuhen. Für die USA gab es bereits einzelne Studien, die eine ökonomische Bewertung dieser Tätigkeiten versuchten (z. B. 7, 11), allerdings auf zu schmaler Datengrundlage. Mit dem Alters-Survey ist erstmals eine umfassendere Analyse möglich geworden (vgl. 19, 20).

Der Begriff „produktiv“ wird mit Bezug auf Ältere keineswegs einheitlich verwendet. In psychologischer Perspektive kann bereits die erfolgreiche Anpassung an spezifische Lebensbedingungen, also z. B. an altersspezifische Verluste, als „produktiv“ bezeichnet werden (z. B. 3). In soziologischer und ökonomischer Perspektive ist jedoch eine selektivere Definition angezeigt, die „produktive“ von „konsumtiven“ – also nur auf den eigenen Nutzen gerichteten – Tätigkeiten unterscheidet. Dementsprechend beschränke ich mich im Folgenden auf solche Tätigkeiten, die (im Prinzip auch ökonomisch fassbare) Werte für andere schaffen. Auch mit dieser Definition ergeben sich noch einige Unschärfen (vgl. 15). Es kann vieles produktiv sein, dem man gewöhnlich keinen direkten wirtschaftlichen Nutzen zusmisst. Man kann z. B. auch Beziehungen zu Freunden dazu rechnen, wenn man annimmt, dass die Beziehungen für sie zu einer Wohlstandsmehrung bzw. einer Verbesserung der Lebensqualität führen. Der Begriff des „Sozialkapitals“ wird oft in diesem weiteren Sinne verwendet (26): mit Bezug nicht nur auf den eigenen Nutzen, sondern auch den der andern und der Gesellschaft insgesamt. Davon abzugrenzen sind „produktive Tätigkeiten“ im engeren Sinne; sie bilden eine besonders anspruchsvolle Form von Sozialkapital.

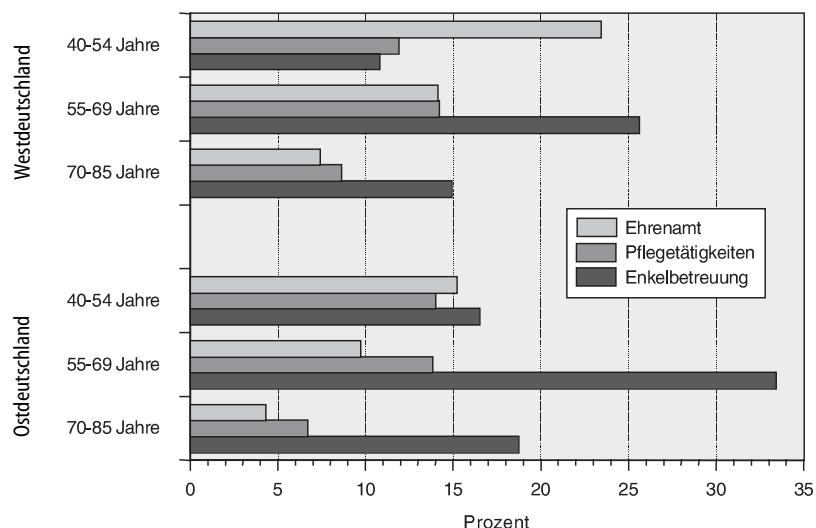
Im Alters-Survey haben wir – neben der Erwerbsarbeit selber – drei solche Tätigkeiten besonders detailliert (auch mit ihrem zeitlichen Umfang) erhoben, nämlich Ehrenamt, Pflege und (Enkel-)Kinderbetreuung (für eine ausführliche Darstellung vgl. 19, 20). Die erste davon findet im Rahmen der Zivilgesellschaft statt, der überwiegende Teil der zweiten und dritten im Rahmen der Familie.

Abbildung 1 zeigt die Anteile der 40–85-Jährigen, die diese Tätigkeiten ausüben. Neben den Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland, auf die ich

hier nicht im Einzelnen eingehen will, ergeben sich auch beträchtliche Altersdifferenzen. Das Ehrenamt nimmt mit zunehmendem Alter stark ab. Die familienbezogenen Tätigkeiten weisen ein etwas anderes Muster auf: Eine Pflegetätigkeit ist in der mittleren unserer drei Altersgruppen am stärksten und in der höchsten am schwächsten verbreitet, eine (Enkel-)Kinderbetreuung in der mittleren am stärksten und in der jüngsten am schwächsten. Dabei spielt natürlich die demographische Gelegenheitsstruktur – das Vorhandensein entsprechender Familienmitglieder – eine wesentliche Rolle. Die Kinderbetreuung richtet sich unter der jüngsten Altersgruppe bei rund der Hälfte auf eigene Enkel, unter den beiden älteren schon bei neun Zehnteln (Mehrfachnennungen möglich). Wenn man den zeitlichen Umfang dieser Tätigkeiten mit einbezieht, werden die Altersdifferenzen etwas relativiert. Ehrenamtliche Partizipation beansprucht bei denjenigen, die hier überhaupt aktiv sind, im Durchschnitt 17 Stunden pro Monat; die Unterschiede zwischen den Altersgruppen sind gering. Kinderbetreuung ist bei der mittleren Altersgruppe, die ja hier die höchste Beteiligung aufweist, mit durchschnittlich 47 Stunden auch zeitlich am umfangreichsten; die jüngere und die ältere Gruppe liegen mit 33 bzw. 34 Stunden deutlich zurück. Zeitlich am gewichtigsten ist die Pflege: Sie nimmt bei den pflegenden 40–54-Jährigen im Durchschnitt 54 Stunden, bei den 55–69-Jährigen bereits 100 und bei den 70–85-Jährigen 115 Stunden in Anspruch.

Insgesamt ist die Beteiligung erstaunlich hoch: 38% der 40–54-Jährigen, 44% der 55–69-Jährigen und immerhin noch 27% der 70–85-Jährigen beteiligen sich an mindestens einer dieser drei Tätigkeiten (19, S. 313). Dennoch muss man konstatieren, dass die Aktiven in der Minderheit bleiben und die Beteiligung im hohen Alter zurückgeht. Dies ist vor allem beim zivilgesellschaftlichen Engagement mittels eines Ehrenamtes ausgeprägt, während die familienbezogene Aktivität den Schwerpunkt in der – sich bereits mehrheitlich im Ruhestand befindlichen – mittleren Altersgruppe hat und in der ältesten immer noch stärker ausgeprägt ist als in der jüngsten. Eine Freisetzung aus der Erwerbsarbeit scheint also zwar das Engagement in der Familie zu begünstigen, aber keineswegs zu einer höheren Beteiligung an anderen Formen von Produktivität jenseits der Familie zu führen. Hier stellt sich nun die Frage, ob dieser Rückgang auf Einschränkungen etwa bei der Gesundheit oder den wirtschaftlichen Ressourcen, die mit dem Alter zunehmen, oder auf kohortenspezifische Unterschiede wie etwa beim Bildungsniveau zurückzuführen sind oder ob es sich um „echte“ Altersunterschiede handelt. Dazu ist eine multivariate Betrachtungsweise erforderlich.

Abb. 1 Beteiligung an ehrenamtlichen Tätigkeiten, Pflege und (Enkel-)Kinderbetreuung.
Quelle: Alters-Survey 1996 (n = 4761–4835), gewichtet (nach 19, S. 290)



Tab. 1 Logistische Regression auf die ehrenamtliche Tätigkeit

	Exp(b) (Bivariat)	Exp(b) (Multivariat)
Altersgruppen (Referenz: 40–54 Jahre)		
55–69 Jahre	0,57 ^b	0,63 ^b
70–85 Jahre	0,28 ^b	0,32 ^b
Geschlecht: Weiblich	0,60 ^b	0,65 ^b
Interview in den neuen Bundesländern	0,61 ^b	0,53 ^b
Bildung (Referenz: Volksschule ohne Ausbildungsabschluss)		
Höchstens Volksschule und Ausbildungsabschluss oder höhere Schulbildung ohne Ausbildungsabschluss	3,17 ^b	2,65 ^b
Höhere Schulbildung und Ausbildungsabschluss	5,63 ^b	4,21 ^b
Behinderung durch Gesundheit (Referenz: Überhaupt nicht)		
Ein wenig	0,70 ^b	1,04
Erheblich	0,43 ^b	0,64 ^a
Stellung im Erwerbsleben (Referenz: erwerbstätig)		
Nicht erwerbstätig (einschl. Vorruhstand)	0,66 ^b	1,21
Altersrente/Pension	0,42 ^b	1,14
P ²	–	0,07

Quelle: Alters-Survey 1996, ungewichtet (^a: p<0,05, ^b: p<0,01,) (nach 19, S. 300)

Tabelle 1 weist für ein entsprechendes logistisches Regressionsmodell die bivariaten und multivariaten Koeffizienten (*odds ratios*) aus. In bivariater Betrachtung zeigen sich die erwartbaren Zusammenhänge: Ehrenamtliche Tätigkeiten sind in den höheren Altersgruppen seltener, bei den Männern häufiger und in den neuen Bundesländern seltener vorfindbar. Der stärkste Zusammenhang besteht mit der forma-

len Bildung. Auch der Gesundheitszustand und die Stellung im Erwerbsleben erweisen sich in bivariater Betrachtung als signifikante Korrelate der ehrenamtlichen Tätigkeit. In multivariater Betrachtung ändert sich dies: Kontrolliert für die anderen Variablen ist eine erhebliche Behinderung bei der Erfüllung alltäglicher Aufgaben durch gesundheitliche Einschränkungen nur noch schwach, eine geringe überhaupt nicht mehr signifikant in ihrem Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, ehrenamtlich tätig zu sein. Der Effekt der gesundheitlichen Situation verringert sich: Offenbar hat erst eine erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigung einen negativen Einfluss. Das Alter dagegen bleibt auch kontrolliert für alle diese anderen Variablen wirkungsmächtig;³ es handelt sich also in der Tat um einen „echten“ Alterseffekt. Als Erklärung für ihn kommen sowohl soziale Faktoren (z. B. informelle Altersgrenzen in den entsprechenden Organisationen) als auch individuelle (etwa im Sinne eines allgemeinen Disengagement) in Betracht.⁴ Daraus ist allerdings nicht zu folgern, der Ruhestand selber wirke sich negativ auf das zivilgesellschaftliche Engagement aus. Der stark negative bivariate Ef-

³ Allerdings ist die Korrelation von Alter und Gesundheit sehr hoch, so dass bei diesem Modell möglicherweise hinter dem Effekt des Alters letztlich doch nur ein Effekt der Gesundheitssituation stehen könnte. Um dies zu prüfen, wurde das Modell zusätzlich mit einer kombinierten Variablen berechnet, welche die Interaktion von Alter und Gesundheit sichtbar macht. Dabei wird deutlich, dass die Unterschiede zwischen den drei Altersgruppen größer sind als die Unterschiede bezüglich der Gesundheitssituation

⁴ Mit den hier zur Verfügung stehenden Querschnittsdaten kann auch ein Kohorteneffekt nicht ausgeschlossen werden, aber zumindest für einen relevanten Unterschied zwischen den Kohorten – nämlich die Bildung – wird in diesem Modell kontrolliert

fekt der Freisetzung aus dem Erwerbsleben verschwindet im multivariaten Modell vollständig. Kontrolliert man für Alter, Geschlecht, Bildung und Gesundheit, so haben die Ruheständler und Nicht-Erwerbstätigen eine – wenn auch nicht signifikant – geringfügig höhere Wahrscheinlichkeit, ehrenamtlich tätig zu sein. Das weist darauf hin, dass ohne diese zeitliche Freistellung der Alterseffekt noch stärker ausfallen würde.

Der produktive Wert dessen, was die Älteren – vorwiegend unentgeltlich – in den drei hier betrachteten Bereichen tun, ist trotz der im hohen Alter abnehmenden Aktivität überraschend hoch. Wenn wir die Grenze – entsprechend der faktischen Altersgrenze des Ruhestandes – bei 60 ansetzen und die jährlich geleisteten Stunden unserer über 59-jährigen Befragten auf die Gesamtbevölkerung zwischen 60 und 85 Jahren hochrechnen, so kommen wir auf rund 3,5 Milliarden Stunden (19, S. 289 f.). Bei einem Stundensatz von 23 DM – also dem durchschnittlichen Netto-Stundenlohn von regulär Beschäftigten in Organisationen ohne Erwerbscharakter, also Wohlfahrtsverbänden, Parteien usw., im Jahre 1996 – ergibt sich ein Wert von rund 81 Milliarden DM. Das entspricht etwa 21% der 1996 geleisteten Zahlungen der gesetzlichen Altersversorgungssysteme. Die Rentner sind also keineswegs nur passive Empfänger von sozialstaatlichen oder familialen Leistungen, sondern tragen selber in beträchtlichem Maße zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohl bei.

Familiale Transfers zwischen Generationen

Auch die Beziehungen und Leistungen zwischen den erwachsenen Generationen in der Familie geben, wenn man sie an den vorherrschenden alltagsweltlichen und gesellschaftstheoretischen Deutungen misst, Anlass zur Überraschung. Die klassische Soziologie der Familie – man kann sie nach ihren beiden Hauptvertretern als „Durkheim-Parsons-Orthodoxie“ bezeichnen – hat die Geschichte der Modernisierung als Übergang von der erweiterten oder Mehrgenerationenfamilie zur Kern- oder Gattenfamilie erzählt. Damit einher gehe – so die Behauptung – eine Lockerung der Beziehungen zu den älteren Generationen, womit diese gegenüber ihren Nachkommen in eine zunehmende Isolation gerieten.

In einem wichtigen Punkt scheint sich diese Geschichte zu bestätigen, nämlich in der Haushaltstruktur. Das Zusammenwohnen der erwachsenen Generationen im selben Haushalt ist überall in den westlichen Gesellschaften zur Ausnahme geworden. Dies ist eine paradoxe Entwicklung, verläuft sie doch

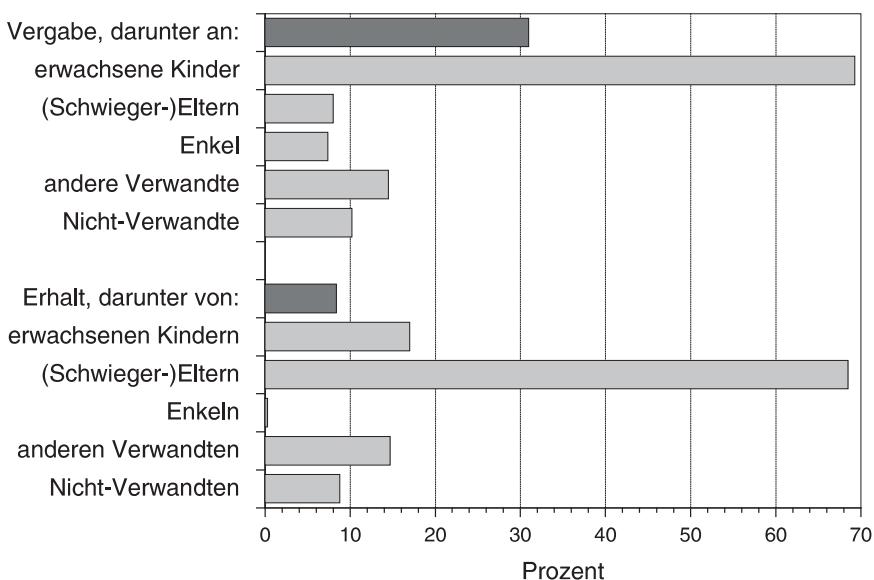
gegenläufig zum demographischen Trend zur Verlängerung der gemeinsamen Lebenszeit. Die typische Wohnform im Alter sind heute Zwei- und Einpersonenhaushalte: das ältere Ehepaar und seine Schwundform nach dem Tode des ersten Ehepartners (gewöhnlich des Mannes). In einer vergleichenden Befragung der über 65-jährigen Bevölkerung vom Beginn der 1990er Jahre (15) ergeben sich für Westdeutschland, Großbritannien, die USA und Kanada zwischen 8% und 14%, die mit Kindern zusammen wohnen; einzig Japan sticht davon mit einem Anteil von (noch) 61% der Befragten stark ab.

Die Befunde des Alters-Survey (17) verdeutlichen diesen Sachverhalt: Während von den 40–54-Jährigen, die mindestens ein lebendes Kind haben, 77% zusammen mit einem Kind im selben Haushalt wohnen, sind es von den 70–85-Jährigen nur noch 9%. Unter den 40–54-Jährigen ist das Muster der Kernfamilie dominant, unter den 70–85-Jährigen dasjenige des für sich lebenden älteren Paares oder des (meist verwitweten) Single. Aber die Befunde zeigen zugleich, wie sich dieses Bild verändert, wenn die Grenzen des „Zusammenwohnens“ weiter gezogen werden. Bereits mehr als ein Viertel dieser 70–85-Jährigen lebt mit einem Kind unter einem Dach (im selben Haushalt oder in getrennten Haushalten im selben Haus). 45% haben mindestens ein Kind in der Nachbarschaft, bei mehr als zwei Dritteln wohnt das nächste Kind zumindest im selben Ort und bei neun Zehnteln nicht weiter als zwei Stunden entfernt. Von einer räumlichen Isolation der älteren Eltern von ihren Kindern kann also nur bei einer Minderheit die Rede sein.⁵ Auch die Haushaltstruktur ist demnach kein besonders treffender Beleg für die behauptete Auflösung des familialen Generationenverhältnisses.

Noch klarer sprechen die Befunde über die materiellen Transfers zwischen den Generationen in der Familie gegen diese Behauptung (vgl. im Einzelnen 17, 28). Familiale Transfers erfolgen entweder in Form von Erbschaften oder in Form von Leistungen zu Lebzeiten der Geber (*inter vivos*). Beide Formen wurden bislang von der sozialwissenschaftlichen Forschung stark vernachlässigt. Erbschaften sind dem Umfang nach bedeutender als *Inter-vivos*-Transfers. Für die USA wird geschätzt, dass (unter den Älteren) das Verhältnis zwischen den beiden Transferformen 3:1 beträgt, und für Deutschland dürfte es ähnlich

⁵ Im gleichen Sinne argumentiert Bertram, der von der „multikulturellen Mehrgenerationenfamilie“ spricht und aus seinen Befunden den Schluss zieht, von einer Isolation der Kernfamilie könne man nur dann sprechen, „wenn man die Familienmitglieder nicht berücksichtigt, die in unmittelbarer Nachbarschaft leben“ (5, S. 110)

Abb. 2 Transfervergabe und -erhalt.
Quelle: Alters-Survey 1996, gewichtet



einseitig sein. Aber *Inter-vivos*-Transfers sind interessanter, aus Gründen der Wohlfahrt (verglichen mit den Erbschaften erreichen sie ihre Empfänger früher im Leben, wenn die Unterstützungsbedürfnisse noch größer sind) wie aus Gründen der Theorie (sie sind Teil einer laufenden Beziehung und geben Anlass zu einem breiteren Fächer von Motiven und Aushandlungsprozessen). Ich beschränke mich deshalb im Folgenden auf diese zweite Form.

In welchem Ausmaß gibt es Transfers an andere und von anderen Personen, wie weit bleiben sie in der Familie, und welche Richtung nehmen sie? Abbildung 2 stellt einige der Antworten dar. Sie basieren auf Fragen, die sich auf die letzten 12 Monate vor der Erhebung beziehen. Das erste zentrale Ergebnis ist, dass die Transfers unter den 40–85-Jährigen stark asymmetrisch sind: 31% haben Geld- oder größere Sachgeschenke gemacht oder jemanden regelmäßig finanziell unterstützt, aber nur 8% haben solche Transfers erhalten. Die Abbildung zeigt darüber hinaus, dass sich der Transferprozess auf die familiale Generationenfolge konzentriert. Und schließlich gehen die Transfers überwiegend von den älteren zu den jüngeren Generationen. Von denen, die Transfers gegeben haben, begünstigten fast 70% ihre Kinder und 7% ihre Enkel, dagegen nur 8 Prozent ihre Eltern oder Schwiegereltern. Andere Verwandte wurden von 15% bedacht, Nicht-Verwandte von 10% (Mehrfachantworten möglich). Die Quellen der Transfers, die an unsere Befragten gegangen sind, bestätigen dieses Bild. Von den 8%, die überhaupt zu den Empfängern gehören, haben fast 70% etwas von ihren Eltern erhalten, 17% von ihren Kindern. Enkel spielten hier keine Rolle: nur ein einziger unserer fast 5000 Befragten wurde von einem Enkel bedacht.

Bei einer umfassenderen Betrachtung der Austauschprozesse erweist sich, dass die instrumentellen Hilfeleistungen im Haushalt stärker in die umgekehrte Richtung gehen, von den erwachsenen Kindern zu ihren Eltern. Es kann also vermutet werden, dass manche finanziellen Leistungen durch solche instrumentellen Dienste „vergolten“ oder „eingeklagt“ werden. Aber wenn beide Austauschformen zusammengerechnet werden, bleiben die Älteren die Netto-Geber (22).

Für eine Untersuchung der Bestimmungsgründe materieller Transfers der Älteren an ihre erwachsenen Kinder, die nicht im selben Haushalt leben, ist wiederum ein multivariater Ansatz erforderlich. Ein entsprechendes Regressionsmodell für die 70–85-Jährigen (auf der Basis von Eltern-Kind-Dyaden) wird in Tabelle 2 ausgewiesen. Es zeigt, dass die Transfervergabe von Merkmalen der Geber, der Empfänger und auch solchen der Beziehung zwischen den beiden Personen beeinflusst wird. Auf Seiten der Eltern hat vor allem die finanzielle Lage einen erheblichen Einfluss. Im Vergleich zu den 70–85-Jährigen der unteren Einkommensgruppen (konkret: der unteren beiden Quintile der Äquivalenzeinkommensverteilung) haben diejenigen der oberen Einkommensgruppen – kontrolliert für die anderen Variablen im Modell – eine doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit, Transfers an ihre erwachsenen Kinder zu leisten. Vermögensbesitz führt ebenfalls zu mehr materiellen Transfers, eine hohe Kinderzahl hingegen wirkt sich negativ aus.

Auf Seiten der Kinder ist vor allem die derzeitige Erwerbs situation erklärendskräftig, die sich als Bedarfslage interpretieren lässt. Transfers fließen doppelt so häufig an Kinder, die in Ausbildung oder arbeitslos sind, als an erwerbstätige Kinder. Die 70–85-Jährigen

Tab. 2 Logistische Regression auf die Transfers der 70–85-Jährigen an ihre erwachsenen Kinder außerhalb des Haushalts (Eltern-Kind-Dyaden)

	Exp(b) (Bivariat)	Exp(b) (Multivariat)
<i>Merkmale der Eltern:</i>		
Wohnsitz in den alten Bundesländern	0,76 ^a	0,71 ^b
Geschlecht: Weiblich	0,76 ^b	0,85
Partner im Haushalt lebend	1,29 ^b	1,12
Äquivalenzeinkommen (Referenz: 1. und 2. Quintil)		
3. Quintil	1,93 ^b	1,70 ^b
4. und 5. Quintil	2,25 ^b	2,08 ^b
Vermögensbesitz (Referenz: Kein Vermögen)	2,03 ^b	1,58 ^a
Bildung (Referenz: Max. Volksschule ohne Ausbildung)		
Höchstens Volksschule und Ausbildungsabschluss oder höhere Schulbildung ohne Ausbildungsabschluss	1,47 ^b	1,01
Höhere Schulbildung und Ausbildungsabschluss	2,31 ^b	1,34
Anzahl der Kinder (Referenz: Ein Kind)		
Zwei Kinder	0,95	0,90
Drei oder mehr Kinder	0,59 ^b	0,63 ^b
<i>Merkmale der Kinder:</i>		
Alter: Unter 45 Jahre	0,73 ^b	0,76 ^a
Geschlecht: Weiblich	1,04	0,78
Verheiratet	0,76 ^a	0,80
Erwerbsstatus (Referenz: Erwerbstätig)		
In Ausbildung oder arbeitslos	2,01 ^b	1,92 ^b
Hausfrau/-mann, sonstiges	0,86	1,05
Kind vorhanden (Enkel aus der Sicht der Eltern)	0,90	1,15
<i>Merkmale der Beziehung:</i>		
Kontakthäufigkeit (Referenz: Täglich)		
Mehrmales pro Woche	1,16	1,13
Ein- bis viermal pro Monat	0,86	0,89
Seltener als einmal im Monat	0,38 ^b	0,41 ^b
Emotionale Enge (Referenz: Sehr eng)		
Eng	0,72 ^b	0,87
Mittel, weniger oder überhaupt nicht eng	0,58 ^b	0,99
p^2	–	0,07

Quelle: Alters-Survey 1996 (n=1922, ^a: p<0,05, ^b: p<0,01) (nach 17, S. 198)

haben nur in wenigen Fällen Kinder, die sich in Ausbildung befinden (und auch dabei dürfte es sich in erster Linie um arbeitsmarktbedingte Qualifikationsmaßnahmen handeln); es geht also vor allem um Arbeitslosigkeit. Insofern übernehmen oder ergänzen die Älteren die sozialstaatliche Absicherungsfunktion – sie federn Notsituationen ihrer Kinder ab, sofern ihnen entsprechende Ressourcen zur Verfügung stehen.

Von den Merkmalen der Beziehung hat die Kontakthäufigkeit einen eigenständigen signifikanten Effekt auf die Transferwahrscheinlichkeit: Wenn sich Eltern und Kinder seltener als einmal im Monat se-

hen, haben die Kinder eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit, materielle Transfers von ihren Eltern zu erhalten – auch wenn wir für Einkommen und Vermögen der Eltern sowie die Erwerbssituation der Kinder kontrollieren.⁶

Diese Befunde ergeben ein klares Muster: Dem öffentlichen Generationenvertrag – der Umlage von den Erwerbstägigen zu den Rentnern – entspricht ein privater Transferfluss in umgekehrter Richtung. Ein Teil der öffentlichen Transfers an die Älteren wird von diesen also unmittelbar an ihre Nachkommen weiter- bzw. zurückgereicht. Auch dies lässt sich mit den Daten des Alters-Survey genauer beziffern (vgl. 14). Der durchschnittliche jährliche Transferbetrag beträgt für die über 59-jährigen Geber etwa 7250 DM. Bezogen auf den Anteil der Geber und hochgerechnet auf die deutsche Bevölkerung von 60–85 Jahren ergibt dies eine jährliche Transfersumme von 34,3 Milliarden DM, d.h. rund 9% der 1996 geleisteten Zahlungen der gesetzlichen Altersversorgungssysteme.

Dabei müssen natürlich auch die Verteilungswirkungen der Transfers berücksichtigt werden. Die Erbschaften tragen stark zur Reproduktion und Vertiefung der sozialen Ungleichheit von Generation zu Generation bei (27). Für die *Inter-vivos*-Transfers ist dies weniger eindeutig. Zwar gibt es eine klare Abstufung der Transferbeträge je nach Äquivalenzeinkommen der Eltern, von durchschnittlich 10 400 DM im obersten bis zu 3700 DM im untersten Einkommensquintil; aber auch der letztere Betrag kann für die Empfänger einen beträchtlichen Wohlstandseffekt ausmachen. Eine französische Studie (2) zeigt, dass die Ungleichheit in der Kindergeneration durch die Transfers von Seiten ihrer Eltern nicht vergrößert, sondern im Gegenteil sogar leicht vermindert wird.

An diesem Punkt stellt sich die Frage, wie weit zwischen den öffentlichen und den familialen Transferflüssen ein Zusammenhang besteht, wie weit also die Transfers der Älteren an ihre Nachkommen von ihren eigenen Renten abhängen. Es könnte scheinen, als bestehe der einfachste Weg zum Nachweis eines solchen Zusammenhangs in der direkten Kontrastierung zwischen Haushalten mit und ohne Rente mit Bezug auf ihr Transferverhalten. Dies ist jedoch nicht möglich, da der Rentenbezug im Alter fast universell ist: Von unseren 60–85-jährigen Befragten leben 93% in einem Haushalt, der mindestens eine öffentliche Altersrente erhält, und das Einkommen

⁶ Da die Enge der Beziehung stark mit der Kontakthäufigkeit zusammenhängt, kann sie keinen zusätzlichen Erklärungsbeitrag in unserem Modell leisten. Die Wohnentfernung kann aufgrund ihres sehr starken Zusammenhangs mit diesen beiden anderen Variablen im Modell gar nicht berücksichtigt werden

daraus macht 83% der gesamten Haushaltseinkommen dieser Altersgruppe aus. Man kann gestützt auf diese Zahlen davon ausgehen, dass für einen erheblichen Teil der Haushalte – vor allem in den unteren Bereichen der Einkommenshierarchie – ohne die Rente keine Transfers möglich wären. Diese Familien werden also erst durch den öffentlichen Generationenvertrag zu ihren Leistungen im privaten Generationenverhältnis befähigt.

Wie soll man diesen Sachverhalt bewerten? Ist es gesellschaftlich vernünftig, wenn öffentliche Ressourcen von den Jüngeren an die Älteren gehen und diese einen Teil davon wieder an ihre Kinder und Kindeskinder zurückgeben? Aus der Tatsache, dass die Älteren ihre Ressourcen nicht vollständig selber verbrauchen, sondern einen erheblichen Teil davon zu Lebzeiten oder als Erbe ihren Nachkommen weiterreichen, schließen manche Ökonomen, die Renten seien zu hoch und könnten problemlos gekürzt werden (z.B. 6). Auch wem es nicht um die Senkung der wohlfahrtsstaatlichen Finanzierungslasten geht, könnte argumentieren, es wäre vernünftiger, wenn die öffentlichen Mittel, die letztlich den Jüngeren zugute kommen, direkt an diese gingen, ohne den Umweg über die Älteren zu nehmen – z.B. in Form von höheren Ausbildungs- oder Familienbeihilfen oder Unterstützung beim Übergang in den Arbeitsmarkt.

Aus soziologischer Sicht kann diese Argumentation widerlegt werden. Es lassen sich eine Reihe von Gründen dafür anführen, dass gerade ein solches Umwegsystem vernünftig ist (vgl. ausführlicher 14, S. 98 ff). Ein erster Grund – der auch schon von Bismarck als Grund für die Einrichtung einer öffentlichen Altersrentenversicherung genannt wurde – liegt in der Verbesserung des Status der Älteren in der Familie. Dass für die Älteren das Gebenkönnen – auch ohne Erwartung direkter Reziprozität – hoch bedeutsam ist, erweist sich empirisch immer wieder. Zweitens kann damit eine effektivere soziale Kontrolle der Jüngeren möglich werden, wenn man etwa davon ausgeht, dass die Älteren in ihrem Konsumverhalten konservativer und weniger risikofreudig sind. Der dritte, für die Jüngeren vielleicht überzeugendere Grund liegt in der Steigerung ihrer eigenen Wohlfahrt. Dies setzt auf Seiten der Älteren altruistische Unterstützungs motive voraus, wofür es in der Tat eine breite empirische Evidenz gibt. Elterliche Transfers sind, wie eben gezeigt, stark auf die besonderen Bedarfslagen der Kinder gerichtet. Manche dieser Bedarfslagen – etwa Arbeitslosigkeit – könnten auch der Fokus direkter öffentlicher Transfers sein; aber Familien sind besser als staatliche Umverteilungssysteme dazu fähig, Notlagen zu beobachten und gezielt auf sie einzugehen (und damit auch Leistungsmisbrauch im Sinne von *moral hazard* zu unterbinden). Familien stellen so eine effiziente Versicherung für

die Risiken der Marktkonkurrenz dar – ähnlich wie es immer wieder für das Verhältnis von Marktkonkurrenz und familialer Subsistenzökonomie in sich entwickelnden Gesellschaften nachgewiesen worden ist. Allgemeiner gesagt, im familialen Generationenverhältnis werden Leistungen erbracht, die im öffentlichen Rahmen direkt weniger gut erfüllt werden können. Und viertens schließlich haben Transfers im Rahmen der Familie nicht nur eine ökonomische Bedeutung, sie sind Teil eines umfassenderen Beziehungsgeflechtes, das ihren Wert steigert und die gesellschaftliche Inklusion beider Seiten fördert. Es macht aus diesen Gründen Sinn, wenn der Wohlfahrtsstaat über seine Alterssicherung (auch) die Rolle der Familie im Wohlfahrtsmix moderner Gesellschaften stärkt.

Folgerungen

Der Durchgang durch die Befunde des Alters-Survey zu den produktiven Leistungen der Älteren und zu ihren familialen Transfers hat die Bedeutung dieser Leistungen als Teil der Wohlfahrtsbilanz zwischen den Generationen unterstrichen. Ohne Berücksichtigung dieser Leistungen bleibt der Diskurs über Generationengerechtigkeit unvollständig und irreführend.

Zugleich haben die Befunde gezeigt, dass die verbreitete Behauptung, der Wohlfahrtsstaat verdränge die Leistungsbereitschaft im Rahmen von Zivilgesellschaft und Familie, für die heutige Situation keineswegs zutrifft. Für das Ehrenamt – die anspruchsvollste Form zivilgesellschaftlichen Engagements – lässt sich zwar auch kein positiver Effekt der Freisetzung aus der Erwerbsarbeit nachweisen; es scheint, dass sich im Zusammenspiel zwischen den Organisationen, in denen die älteren Ehrenamtlichen tätig sind, und diesen selber eine mit dem Alter zunehmende Hemmschwelle gegenüber einer Weiterführung oder Neuaufnahme ehrenamtlicher Aktivität ausgebildet hat. Für die Leistungen im familialen Generationenverhältnis dagegen ist ein positiver Effekt des Wohlfahrtsstaates überdeutlich. Viele Ältere geben beträchtliche Summen an ihre Nachkommen, und viele von ihnen sind dazu auf ihre Altersrenten angewiesen.

Der wohlfahrtsstaatliche Generationenvertrag trägt auf diese Weise entscheidend zur Stärkung des Kittes zwischen den Generationen in der Familie und damit auch des gesellschaftlichen Zusammenhalts insgesamt bei. Das ist sicher ein wesentlicher Grund für die nach wie vor hohe Popularität, die die Rentenversicherung laut allen Umfrageergebnissen – und ganz im Gegensatz zur veröffentlichten Meinung – auch unter den Jüngeren noch genießt. Die Jüngeren

ren müssten von einem massiven Abbau der Rentenversicherung nicht nur Konsequenzen für ihr eigenes Alter fürchten, sondern vorher schon Konsequenzen für ihr Verhältnis zu ihren Eltern: Sie würden selber wieder in die Unterstützungspflicht genommen, und sie würden nicht mehr in gleichem Ausmaß wie

heute auf Transfers von Seiten ihrer Eltern rechnen können – weder zu deren Lebzeiten noch bei deren Tod. Wenn die Struktur des Rentensystems jetzt zur Disposition gestellt wird, müssen auch diese verborgenen Wirkungen des Generationenvertrages mit bedacht werden.

Literatur

1. Attias-Donfut C (2000) Familialer Austausch und soziale Sicherung. In: Kohli M, Szydlik M (Hrsg) Generationen in Familie und Gesellschaft. Leske + Budrich, Opladen, S 222–237
2. Attias-Donfut C, Wolff F-C (2000) The redistributive effects of generational transfers. In: Arber S, Attias-Donfut C (Hrsg) The myth of generational conflict: Family and state in ageing societies. Routledge, London, S 22–46
3. Baltes MM, Montada L (Hrsg) (1996) Produktives Leben im Alter. Campus, Frankfurt/M
4. Bengtson VL, Achenbaum AW (Hrsg) (1993) The changing contract across generations. Aldine de Gruyter, New York
5. Bertram H (2000) Die verborgenen familiären Beziehungen in Deutschland: Die multikulturelle Mehrgenerationenfamilie. In: Kohli M, Szydlik M (Hrsg) Generationen in Familie und Gesellschaft. Leske + Budrich, Opladen, S 97–121
6. Börsch-Supan A (1992) Saving and consumption patterns of the elderly: The German case. *Journal of Population Economics* 5:289–303
7. Coleman KA (1995) The value of productive activities of older Americans. In: Bass SA (Hrsg) Older and active: How Americans over 55 are contributing to society. Yale University Press, New Haven, S 169–203
8. Dittmann-Kohli F, Kohli M, Küinemund H et al (1997) Lebenszusammenhänge, Selbst- und Lebenskonzeptionen – Erhebungsdesign und Instrumente des Alters-Survey (Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf, Forschungsbericht 61). Freie Universität Berlin
9. Dittmann-Kohli F, Bode C, Westerhof GJ (Hrsg) (2001) Die zweite Lebenshälfte – Psychologische Perspektiven. Ergebnisse des Alters-Survey. Kohlhammer, Stuttgart
10. Glazer N (1988) The limits of social policy. Cambridge, Harvard University Press
11. Herzog RA, Kahn RL, Morgan JN et al (1989) Age differences in productive activities. *Journal of Gerontology: Social Sciences* 44:S129–S138
12. Janowitz M (1976) The social control of the welfare state. Elsevier, New York
13. Kohli M (1994) Von Solidarität zu Konflikt? Der Generationenvertrag und die Interessenorganisation der Älteren. In: Verheugen G (Hrsg) 60 plus. Die wachsende Macht der Älteren. Bund-Verlag, Köln, S 61–74
14. Kohli M (1999) Private and public transfers between generations: Linking the family and the state. *European Societies* 1:81–104
15. Kohli M, Küinemund H (1996) Nachberufliche Tätigkeitsfelder: Konzepte, Forschungslage, Empirie. Kohlhammer, Stuttgart
16. Kohli M, Küinemund H (Hrsg) (2000) Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Leske + Budrich, Opladen
17. Kohli M, Küinemund H, Motel A, Szydlik M (2000) Generationenbeziehungen. In: Kohli M, Küinemund H (Hrsg) Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Leske + Budrich, Opladen, S 176–211
18. Kohli M, Küinemund H, Motel A, Szydlik M (2000) Grunddaten zur Lebenssituation der 40–85-jährigen deutschen Bevölkerung. Ergebnisse des Alters-Survey. Weißensee, Berlin
19. Küinemund H (2000) „Produktive“ Tätigkeiten. In: Kohli M, Küinemund H (Hrsg) Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Leske + Budrich, Opladen, S 277–317
20. Küinemund H (2001) Gesellschaftliche Partizipation und Engagement in der zweiten Lebenshälfte. Empirische Befunde zu Tätigkeitsformen im Alter und Prognosen ihrer zukünftigen Entwicklung. Weißensee, Berlin
21. Küinemund H, Reim M (1999) There is more to receiving than needing: Theoretical arguments and empirical explorations of crowding in and crowding out. *Ageing and Society* 19:93–121
22. Küinemund H, Motel A (2000) Verbreitung, Motivation und Entwicklungsperspektiven privater intergenerationaler Hilfeleistungen und Transfers. In: Kohli M, Szydlik M (Hrsg) Generationen in Familie und Gesellschaft. Leske + Budrich, Opladen, S 122–137
23. Motel A (2000) Einkommen und Vermögen. In: Kohli M, Küinemund H (Hrsg) Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Leske + Budrich, Opladen, S 41–101
24. Motel A, Szydlik M (1999) Private Transfers zwischen den Generationen. *Zeitschrift für Soziologie* 28:3–22
25. Preston SH (1984) Children and the elderly: Divergent paths for America's dependents. *Demography* 21:435–457
26. Putnam RD (2000) Bowling alone: The collapse and revival of American community. Simon & Schuster, New York
27. Szydlik M (1999) Erben in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Verhältnis von familiärer Solidarität und sozialer Ungleichheit. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 51:80–104
28. Szydlik M (2000) Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern. Leske + Budrich, Opladen
29. Wolf J (1990) Krieg der Generationen? Sozialstaatliche Verteilung und politische Handlungspotenziale Älterer in der „alternden“ Gesellschaft. *Prokla* (Heft 80) 20:99–117